

Wie versprochen, so gebrochen!



1998
4.28 Mio

2004
4.55 Mio

Gerhard Schröder

1998 vor der Bundestagswahl:

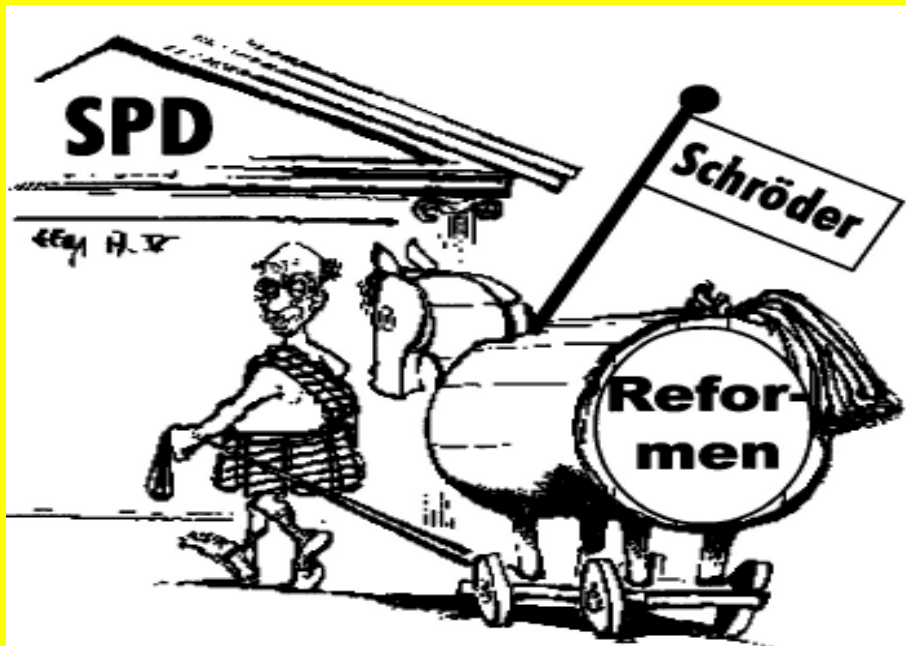
*„Ich möchte gemessen werden, nach 4 Jahrenan einer einzigen Frage, an der nämlich ob es einer neuen Regierung gelungen ist, die **Arbeitslosigkeit massiv zu senken** - daran wollen wir gemessen werden!“*



2005

5,2 Mio

Schröder, das Trojanische Pferd der Unternehmer!



Der Boß und seine Jungs!



Siemens-Chef Pierer und seine Abteilungsleiter Schröder und Clement. Spiegel, 51/2003



Bascha Mika (taz)

„...wofür auch die SPD keine Sprache gefunden hat - bisher - ist, dass wir natürlich nach wie vor unterschiedliche Klassen in dieser Gesellschaft haben...“

Bascha Mika (taz)

„Auf der anderen Seite, eine SPD die nicht an bestimmten Werten festhält und diese Werte bis runter definiert auf die Basis, diese SPD wird ihren Charakter als Volkspartei verlieren!“



Dicht beieinander:

Prinzipientreue und Verrat

„Eine Enttäuschung ist das fürchterlichste in einer Arbeiterbewegung. Eine Arbeiterbewegung kann nicht leben ohne Idealismus, ohne Glauben, ohne Hoffnung. Und wer diese Hoffnung, diesen Glauben und diese Zuversicht, dieser Idealismus irgendwo zu schanden geritten, dann ist das Resultat die Enttäuschung. Und die Enttäuschung ist der Nährboden für alles, was gegen die Arbeiterbewegung sich richtet. Da waren doch 5,6,7 Millionen Arbeitslose, Dauerarbeitslose...“



Willi Bleicher und Walter Riester



Das Kapital kauft sich seine Leute !

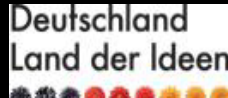
Der Boß und seine Jungs!



Siemens-Chef Pierer und seine Abteilungsleiter Schröder und Clement.

Die Hacker des Kapitals

„Wirtschaftsweise“, Think Tanks und Politiker



Das Traumpaar des Kapitals



Wählerwille ?



Das Traumpaar des Kapitals !

Die Zustimmung der Wähler zur Politik drückt sich in der **Wahlbeteiligung** und der **Anzahl der Stimmen** die eine Partei erhält. Bei der Bundestagswahl 2005 lag die Wahlbeteiligung bei 77,7 % und die beiden großen Parteien mußten Verluste hinnehmen.

Die SPD verlor 4,3 % und die CDU 3,3 %. Obwohl sich das Volk gegen diese Parteien und ihre Politik aussprach und sie eigentlich die Verlierer waren, taten sie sich zusammen und feierten sich so als Sieger. Sie setzten ihre Politik des Sozialabbaus fort. Im März 2006 wurden die Wähler erneut zur Wahl gerufen, diesmal zu 3 Landtagswahlen.

Das Ergebnis nach mehreren Monaten großer Koalition war folgendes:

Baden Württemberg: Rund 63 %
sind gegen die Parteien der großen Koalition
Rheinland-Pfalz: Rund 54 %
sind gegen die Parteien der großen Koalition!
Sachsen-Anhalt: Rund 75%
sind gegen die Parteien der großen Koalition!

Aus Verlierern wurden Sieger
indem sie sich zusammentaten und
jetzt gemeinsam am Futtertrog schmatzen !

Das Volk ist ihnen schnuppe,
ihnen reicht ihr Name,
„Volksparteien“!

Zur Kasse, bitte!



Peer Steinbrück SPD-Flüchtling aus NRW

Die Mehrwertsteuer steigt, damit ist die größte Steuererhöhung in der Geschichte der Bundesrepublik eingeleitet. Mehrbelastung bis 2009: mehr als 80 Milliarden Euro.

Die Änderungen im Überblick.

Timot Szent-Ivanyi

Mehr als 80 Milliarden Euro werden die von der großen Koalition bisher beschlossenen Steuererhöhungen bis Ende des Jahres 2009 in die Kassen von Bund, Ländern und Gemeinden spülen. Im Folgenden eine Übersicht über die einzelnen Maßnahmen des gestern vom Bundestag beschlossenen Haushaltsbegleitgesetzes 2006. Hinzu kommen die Steuererhöhungen, die am vergangenen Mittwoch vom Bundeskabinett mit dem Steueränderungsgesetz 2007 verabschiedet wurden. Alle Änderungen kommen zum 1. Januar 2007.

Arbeitszimmer: Es ist steuerlich nur noch absetzbar, wenn es den Mittelpunkt der gesamten beruflichen und betrieblichen Tätigkeit bildet. Mehreinnahmen: **300 Millionen Euro.**

Beamte: Für Bundesbeamte wird das Weihnachtsgeld von 2006 bis 2010 halbiert. Einsparungen: **511 Millionen Euro.**

Entfernungspauschale: Die Pauschale für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte von unverändert 30 Cent gilt erst ab dem 21. Entfernungskilometer. Das gilt auch für Familienheimfahrten bei doppelter Haushaltsführung. Mehreinnahmen: **2,5 Milliarden Euro.**

Lohnzuschläge: Bei Sonntags-, Nacht- oder Feiertagsarbeit ist nur noch ein Stundenlohn von 25 Euro von Sozialabgaben befreit. Für alle darüber liegenden Lohnbestandteile müssen Abgaben gezahlt werden. Einnahmen: Zusammen mit den Änderungen bei den Minijobs 520 Millionen Euro.

Kindergeld: Ab 2009 wird es nur noch bis zum Alter von 25 statt bisher 27 Jahren gezahlt. Ersparnis: **700 Millionen Euro.**

Mehrwertsteuer: Der Satz für die Mehrwertsteuer steigt von 16 auf 19 Prozent. Macht **23 Milliarden Euro.** Acht Milliarden Euro davon fließen an die Bundesagentur für Arbeit, die im Gegenzug den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um zwei auf 4,5 Prozent senken will.

Minijobs: Der Pauschalabgabensatz für Sozialversicherungen steigt von **25 Prozent auf 30 Prozent.**

Reichensteuer: Der Spitzensteuersatz in der Einkommensteuer steigt ab einem Einkommen von 250 000 Euro (Verheiratete 500 000 Euro) von 42 auf 45 Prozent. 2007 gilt das nur für Einkommen aus unselbstständiger Arbeit. Gewerbliche Einkünfte, also die von Selbstständigen und Bauern sind ausgenommen. Plus: 2007 nur **127 Millionen Euro, dann 1,3 Milliarden Euro.**

Sparerfreibetrag: Er sinkt von heute 1370 Euro (Verheiratete 2 740 Euro) auf 750 Euro (Verheiratete 1 500 Euro). Mehreinnahmen: **750 Millionen Euro.**

Spritzschlag: Biodiesel muss künftig normalem Kraftstoff beigemischt werden. Dadurch steigt der Dieselpreis (inkl. höherer Mehrwertsteuer) um sechs Cent. Plus: **1,6 Milliarden Euro.**

Versicherungssteuer: Analog zur höheren Mehrwertsteuer steigt sie von 16 auf 19 Prozent. Mehreinnahmen: **1,7 Milliarden Euro.**

Berliner Zeitung, 20.05.2006

Union will Hartz abspecken

Nach Kritik des Rechnungshofs: Bayerns Sozialministerin fordert Kürzungen und schärfere Sanktionen / Auch CDU verlangt Konsequenzen

Rouven Schellenberger

Schluß mit lustig, den Reichen gehts jetzt an den Kragen!

Millionen-Dividenden für reichste Familien

Quandt vor Haniel

KÖLN. Die 100 bestverdienenden Familien und Unternehmer in Deutschland profitieren von den stark gestiegenen Dividenden deutscher Aktiengesellschaften und können sich dieses Jahr auf eine rekordverdächtige Ausschüttung in Höhe von 1,72 Milliarden Euro freuen. Das berichtet das Wirtschaftsmagazin Capital vorab. An der Spitze der Rangliste steht die Familie Quandt, die aus Beteiligungen am Autobauer BMW sowie dem Pharma- und Chemiekonzern Altana eine Gewinnbeteiligung von rund 263 Millionen Euro erwarten könne.

Mit 141 Millionen Euro kann die Familie Haniel (Metro, Celesio, Anzag, Takkt) rechnen, mit 112 Millionen die Familie Merckle (HeidelbergCement, Kässbohrer), mit 106 Millionen die Familien Merck und Baumhauer des Pharma- und Chemieunternehmens Merck, mit 72 Millionen Euro die Teilfamilie Herz (Beiersdorf). Der Familie Wacker (Wacker Chemie) fließen 69 Millionen Euro sowie der Großfamilie Siemens 66 Millionen Euro zu. Hasso Plattner, einer der SAP-Gründer, dürfte 43 Millionen Euro ausbezahlt bekommen, Friede Springer 30 Millionen Euro. (ddp)



Meinung

Leitartikel

Amerikanische Verhältnisse

Holger Schmale

Mit der Schlagzeile „Gewinne explodieren - Löhne stagnieren“ haben wir gestern diese Zeitung aufgemacht. Anlass waren die Halbzeitergebnisse der Großkonzerne, die in diesem Jahr Profitsteigerungen von bis zu 20 Prozent erwarten, nach durchschnittlich 35 Prozent im vergangenen Jahr.

Diese letzte Zahl weist schon darauf hin, dass die Schlagzeile nicht nur eine Momentaufnahme war. Sie kann als Bilanz mindestens der letzten zehn Jahre gelten, in denen die Gewinne der Unternehmen vielleicht mal mehr und mal weniger gestiegen sind, eines aber immer gestimmt hat: Die Realeinkommen der Deutschen sind gesunken oder allenfalls gleich geblieben. Und das ist sicher: Daran wird sich nicht viel ändern.

Denn während diese Bundesregierung der prosperierenden Wirtschaft eine weitere Steuerentlastung von mehreren Milliarden Euro versprochen hat, müssen die Privathaushalte im kommenden Jahr mit der höheren Mehrwertsteuer, ohne Pendler- und Eigenheimzulage, aber mit steigenden Gesundheitskosten klarkommen.

Man könnte die Entwicklung in Deutschland auch auf einen anderen Nenner bringen: Es wird immer ungleicher hier zu Lande. Denn wenn die realen Einkommen im Durchschnitt auch stagnieren oder sinken: Es profitiert eine schmale Schicht am oberen Ende der Einkommensskala, während unten immer mehr Menschen draufzahlen. So geht die Schere zwischen arm und reich in Deutschland immer weiter auf. **Das oberste Zehntel der Haushalte verfügt nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung über rund die Hälfte des Privatvermögens, die untere Hälfte über weniger als vier Prozent. 17,3 Prozent der Deutschen gelten als arm, davon allein 2,5 Millionen Kinder.**

Auch das ist eine Momentaufnahme mit Langzeitwirkung. Denn wir wissen, dass zwei entscheidende Faktoren für eine erfolgreiche Lebensgestaltung, Bildung und Gesundheit, in diesem Land stark von der sozialen Lage des Einzelnen abhängen. Wer arm ist, hat weniger Chancen im Schulsystem, und die Bundesregierung arbeitet intensiv daran, auch den Grad der ärztlichen Versorgung immer stärker von der persönlichen Zuzahlungsfähigkeit abhängig zu machen.

Früher sprach man bei der Beschreibung solcher Zustände gern mit einem leichten Schaudern von amerikanischen Verhältnissen, die in Deutschland selbstverständlich niemand zulassen werde. Das war zu einer Zeit, als der Grundgesetzartikel 14 „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen“ noch als Klausel eines Gesellschaftsvertrages verstanden wurde, als Teil eines Grundkonsenses, der Voraussetzung für das gedeihliche Zusammenleben jeder Gesellschaft ist. Große Teile der deutschen Wirtschaftselite haben diesen Vertrag längst aufgekündigt.

Interessant ist, wie der Staat in Form der ihn repräsentierenden Parteien und Regierungen darauf reagiert hat. Da war zunächst die rot-grüne Koalition, die sich schnell der um die Jahrtausendwende aufgekommenen Hegemonie der neoliberalen Idee unterworfen hat, der Markt und sein Götze Globalisierung regele schon alles zum Besten, man müsse ihn nur lassen. **Gerhard Schröder und Franz Müntefering gingen naiv auf den Handel Abbau des Sozialstaates gegen Aufbau von Arbeitsplätzen ein und brauchten Jahre, bis sie feststellten, wie sehr sie den Neoliberalen auf den Leim gekrochen waren.** Nun hat sogar Jürgen Rüttgers von der CDU entdeckt, dass eine zentrale Formel im Ideologiegebäude der Marktradikalen - Steuersenkungen für Unternehmen gleich Investitionen gleich Arbeitsplätze - nichts als eine Lebenslüge war.

Aber steuert die große Koalition jetzt um? Davon ist nichts zu spüren. 25 Jahre Angebotspolitik mit katastrophalen gesellschaftlichen Auswirkungen werden fortgesetzt, als wäre nichts geschehen. Zwar kräht die FDP unablässig, Kanzlerin Angela Merkel wandle auf sozialdemokratischem Kurs, doch ist das eben einer, der diesen Namen schon lange nicht mehr verdient. Der Rausch der Fußballweltmeisterschaft und der Sommerzeit verfliegt schnell. Der Blick schärft sich wieder und zeigt: Wir leben in einem ziemlich kalten Land. Fast 75 Prozent der Bürger, so hat gerade eine Umfrage ergeben, finden, die Politik kümmere sich zu wenig darum, dass es gerecht zugeht in Deutschland. Dagegen könnte Angela Merkel etwas tun - wenn sie denn wollte. **Zum Beispiel auf das weitere Steuergeschenk für die Wirtschaft verzichten.**

Berliner Zeitung, 04.08.2006